



Erfurt, 9. Dezember 2020

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Stellungnahme der DJV-Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zur

Neufassung des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)

Am 26. November 2020 hat die Thüringer Staatskanzlei dem DJV Thüringen den Entwurf zur Neufassung des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 10. Dezember 2020 zugesandt.

Der Deutsche Journalisten-Verband bedankt sich zunächst dafür, dass er in diesen Prozess bereits in der Vergangenheit einbezogen wurde und nun ebenfalls wieder einbezogen wird. Auch wenn es in der Natur der Sache liegt, dass nicht alle Wünsche und Forderungen berücksichtigt werden können – zumal bei einem Vertrag, der zwischen drei unterschiedlichen Landesregierungen abgeschlossen werden soll – so hatte der DJV Thüringen doch immer den Eindruck, dass auf die fachspezifische Beurteilung durch die JournalistInnen-Gewerkschaft Wert gelegt wurde.

Dass der 1991 geschlossene und bis auf die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung im Jahr 2018 seitdem unveränderte Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk der Neufassung bedurfte, ist unstrittig. Notwendig wäre diese Neufassung allein schon aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung innerhalb der Medienbranche und insofern natürlich auch beim MDR (Trimedialität) geworden. Hinzu kommen durch die Rechtsprechung geänderte und aktualisierte Vorgaben, wie beispielsweise die Gremienbesetzung im „ZDF-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts¹. Und schlussendlich waren aus Sicht des DJV u.a. auch der Senderauftrag sowie das Personalvertretungsrecht reformbedürftig.

Ungeachtet dessen soll an dieser Stelle lediglich auf die für den Deutschen Journalisten-Verband besonders relevanten Änderungen und Aspekte des Staatsvertrages eingegangen werden. Dies betrifft den § 35 (Personalvertretung) sowie den § 16 (Zusammensetzung des Rundfunkrates).

¹ BVerfGE 136, 9



A. § 35 Personalvertretung

Beim MDR sind aktuellen Zahlen zufolge rund 2.100 Angestellte sowie 1.600 arbeitnehmerähnliche Freie nach § 12a TVG, sogenannte „feste Freie“, tätig. Das sind 40% der Mitarbeiter. Allein diese Dimension macht deutlich, wie relevant eine wirksame Personalvertretung für alle Beschäftigten ist.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

I. Aktuelle Situation

Derzeit erschöpft sich die innerbetriebliche MitarbeiterInnen-Vertretung für die „arbeitnehmerähnlichen Freien“ beim MDR darin, dass analog zu den Personalräten sogenannte Freienvertretungen gewählt werden. Diese haben zwar u.a. die Möglichkeit, regelmäßig Gespräche mit der Intendantin zu führen, allerdings hat die Freienvertretung keine dem Personalrat vergleichbaren Beteiligungsrechte. Sie kann nicht mitbestimmen, nicht mitwirken und keine Dienstvereinbarungen abschließen. Ihre Gestaltungsmöglichkeiten beschränken sich auf bloße Anhörungsrechte, die zudem freiwillig von der ArbeitgeberInnen-Seite gewährt und damit jederzeit widerrufbar sind. Von einer wirksamen und rechtssicheren ArbeitnehmerInnen-Vertretung kann nicht die Rede sein.

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Dabei sind arbeitnehmerähnliche Freie genau wie ihre angestellten KollegInnen wirtschaftlich abhängig und sozial schutzbedürftig. In der Regel sind sie in Dienstpläne eingeteilt, haben feste Arbeitsplätze, müssen ihren Urlaub abstimmen, arbeiten auf Lohnsteuerkarte und treten auch nach außen als MitarbeiterInnen des MDR auf. Arbeitnehmerähnliche Freie sind als ModeratorInnen, RedakteurInnen und AutorInnen beschäftigt, ebenso wie in technischen sowie Verwaltungsberufen. Es lässt sich daher nicht rechtfertigen, warum sich arbeitnehmerähnliche Freie nicht auch vom Personalrat vertreten lassen können.

II. Geplante Regelung

Mit der Neufassung des MDR-Staatsvertrages wird nunmehr, wie auch vom DJV angeregt, auf das Bundespersonalvertretungsgesetz „[...] und die dazu ergangenen Rechtsverordnungen in ihrer jeweils aktuellen Fassung [...]“ verwiesen². Insofern könnte bei einer Novellierung des BPersVG, wie sie derzeit angestrebt ist, und damit der Weiterfassung des ArbeitnehmerInnen-Begriffs eine Vertretung der „festen Freien“ auch in den Personalräten künftig möglich sein. Zudem soll die Existenz von Freienvertretungen festgeschrieben werden, denen ein regelmäßiger „[...] Austausch mit dem Intendanten [...]“ zugesichert wird³. Näheres soll ein Statut „[...] des Intendanten [...]“ regeln, welches u.a. festlegen soll, welche Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Freienvertretungen gelten.

² Vgl. Neufassung MDR Staatsvertrag § 35 (1)

³ Vgl. Neufassung MDR Staatsvertrag § 35 (3)



III. Bewertung des DJV

Der Deutsche Journalisten-Verband begrüßt zunächst, dass der ursprünglich im Staatsvertrag enthaltene statische Verweis auf das BPersVG vom 15. März 1974 durch einen dynamischen Verweis ersetzt wurde. Insofern besteht zumindest die Option, dass eine zeitgemäßere Ausgestaltung des BPersVG direkte Auswirkungen auch auf den MDR hat.

Allerdings vergibt der Gesetzgeber die Chance, eine echte betriebliche Mitbestimmung für arbeitnehmerähnliche Freie explizit festzuschreiben. Schon jetzt beträgt das Verhältnis der Angestellten zu arbeitnehmerähnlich Beschäftigten - bezogen auf den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk - 1 zu 0,75 (24.000 „Feste“ und 18.000 „Freie“). Für die kommenden Jahre ist aufgrund der notwendigen Sparanstrengungen auch im MDR zudem davon auszugehen, dass die Gruppe der arbeitnehmerähnlichen Freien weiter zu- und die der Festangestellten weiter abnimmt.

Langfristig entsteht aus dieser Entwicklung auch ein Legitimationsproblem des Personalrats. Auch die obersten Gerichte haben mittlerweile festgestellt, *„dass sich eine gemeinsame Vertretungsbefugnis, die sich nur auf die Festangestellten erstrecken würde, zu einem nicht zu übersehenden legitimatorischen Missverhältnis führen würde“*.⁴

Nicht zuletzt deshalb werden in zahlreichen Bundesländern arbeitnehmerähnliche Freie in den Landespersonalvertretungsgesetzen oder Medienstaatsverträgen schon lange unter den Beschäftigtenbegriff gefasst. Damit hat diese Gruppe bereits jetzt in vielen Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die gleichen betrieblichen Mitbestimmungsrechte wie die Gruppe der Festangestellten⁵: Sie dürfen den Personalrat wählen und sich in diesen wählen lassen. Vor allem aber darf der Personalrat diese Gruppe vertreten.

In Niedersachsen haben erst kürzlich die Fraktionen von SPD und CDU in einem gemeinsamen und vom Landtag gebilligten Entschließungsantrag die Landesregierung gebeten, entsprechende Änderungen auszuarbeiten, so dass die Personalräte im NDR künftig auch arbeitnehmerähnliche freie MitarbeiterInnen vertreten dürfen.

Der DJV befürchtet, dass der MDR auch in Bezug auf die betriebliche Mitbestimmung im Vergleich zu anderen Anstalten ins Hintertreffen gerät. Neben den noch immer teils deutlich niedrigeren Honoraren im Vergleich zu den Anstalten in den Nachbarländern wird damit ein weiterer Standortnachteil in den Ost-Bundesländern zementiert. Gleichzeitig wird die Entstehung einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ – wie es sie teilweise schon jetzt zwischen „Festen“ und „Freien“ gibt – auch auf dem Gebiet der betrieblichen Mitbestimmungsrechte forciert.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

⁴ OVG Bremen, ZUM-RD 2016, 752 (755)

⁵ So werden beim ZDF, dem WDR, dem SWR, dem HR, dem SR und Radio Bremen Freie im Personalrat vertreten und durch diesen repräsentiert.



In der Neufassung des MDR-Staatsvertrages wird zudem eine institutionalisierte Vertretung der Interessen der arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten zugesichert (Freienvertretung)⁶. Im aktuellen Referentenentwurf des Bundespersonalvertretungsgesetzes ist aber vorgesehen, dass der Arbeitnehmer-Begriff auch auf arbeitnehmerähnliche Freie erweitert wird⁷. Aus Sicht des DJV darf der § 19 (3) MDR-Staatsvertrag (Neufassung) daher keinesfalls so gestaltet sein, dass er als Ausnahme vom BPersVG gelesen werden kann.

Deshalb sollte der Satz 1 des o.g. Paragraphen wie folgt umformuliert werden:
„Der Intendant schafft für alle Freien, die aus dem Anwendungsbereich des Bundespersonalvertretungsgesetzes ausgeschlossen sind, mit Zustimmung des Verwaltungsrates eine institutionalisierte Vertretung ihrer Interessen (Freienvertretung).“

Nach wie vor aber spricht sich der Deutsche Journalisten-Verband für eine eindeutige Regelung in der Neufassung des MDR-Staatsvertrags aus, die den arbeitnehmerähnlichen Freien dieselben betrieblichen Mitbestimmungsrechte einräumt wie ihren festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Dafür gibt es zwei Wege:

Entweder müsste im Staatsvertrag von vornherein festgelegt werden, dass auf den MDR die Bestimmungen des BPersVG mit der Maßgabe Anwendung finden sollen, dass als Beschäftigte im Sinne des Gesetzes auch arbeitnehmerähnliche Personen gelten sollen. Eine entsprechende Regelung findet sich etwa in § 18a des Radio Bremen Gesetz (RBG).

Wenn sich der Gesetzgeber dennoch für eine Freienvertretung ausspricht, müsste er in diesem Fall auch bestimmen, dass die Regelungen des BPersVG für die arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten analog gelten sollen. Die Ausgestaltung der Beteiligungsrechte ist Sache des Gesetzgebers und nicht Sache des Arbeitgebers.

ANGER 44

99084 ERFURT

TEL.: +49 361 566 05 29

FAX: +49 361 562 69 39

Internet:

www.djv-thueringen.de

E-Mail:

info@djv-thueringen.de

⁶ § 35 (3) MDR-Staatsvertrag (Neufassung)

⁷ § 116 BPersV Ref-E



B. § 16 Zusammensetzung des Rundfunkrates

Der Rundfunkrat ist eines der drei Organe des Mitteldeutschen Rundfunks. Er kontrolliert, ob der MDR seine Aufgabe i.S.d. Staatsvertrages erfüllt und vertritt die Interessen der Allgemeinheit. Er wählt die/den Intendantin/en und entscheidet über dessen Abberufung. Zudem bedarf die Berufung eines/r Landesfunkhausdirektors/in der Zustimmung des Rundfunkrates. Allein dieser kurze Ausschnitt aus den Aufgaben zeigt die Bedeutung dieses Gremiums.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

I. Aktuelle Situation

Derzeit besteht im Rundfunkrat des MDR ein deutliches Ungleichgewicht zwischen ArbeitgeberInnen-Vertretungen und Vertretungen der ArbeitnehmerInnen. Zwar haben ArbeitgeberInnen-Verbände dem Wortlaut nach ebenso viele Sitze wie die ArbeitnehmerInnen-Verbände, nämlich drei. Allerdings sind die arbeitgebernahen Handwerksverbände mit ebenfalls drei Sitzen vertreten. Hinzu kommen die ebenfalls arbeitgebernahe Industrie- und Handelskammer, die eine/n Vertreter/in aus Sachsen entsenden darf, sowie die kommunalen Spitzenverbände mit drei Mitgliedern⁸.

Daraus ergeben sich mehr als dreimal so viele Sitze, die der ArbeitgeberInnen-Seite zuzurechnen sind (10) als Sitze, die von ArbeitnehmerInnen-Verbänden besetzt werden können (3). Dies entspricht ebenso wenig dem Geist der Sozialpartnerschaft wie auch der Aktualität der gesellschaftlichen Entwicklung.

II. Geplante Regelung

Künftig stehen ArbeitgeberInnen-Vertretungen nur noch zwei Sitze im Rundfunkrat zu. Auch die kommunalen Spitzenverbände sollen nur noch zwei Mitglieder entsenden. Zusammen mit den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern, deren Mandatsanzahl unverändert bleibt, kommen ArbeitgeberInnen-Vertretungen nun auf insgesamt acht Sitze⁹ und damit auf zwei weniger als bisher. ArbeitnehmerInnen-Verbände stellen künftig sechs Mitglieder im MDR-Rundfunkrat¹⁰ - drei mehr als bisher.

⁸ Vgl. MDR Staatsvertrag § 19 (1) 7. – 10.

⁹ Vgl. Neufassung MDR Staatsvertrag § 16 (1) 9. - 12.

¹⁰ Vgl. Neufassung MDR Staatsvertrag § 16 (1) 8.



III. Bewertung des DJV

Der Deutsche Journalisten-Verband begrüßt ausdrücklich, dass die ArbeitgeberInnen-Seite im Rundfunkrat weniger überrepräsentiert sein soll. Dies birgt die Chance, dass die InteressenvertreterInnen der Beschäftigten des Mitteldeutschen Rundfunks künftig angemessener Gehör finden als das eventuell bislang der Fall war. Damit ist eine Gleichstellung im sozialpartnerschaftlichen Sinne zwar noch nicht endgültig erreicht, da die Arbeitgeberseite immer noch über zwei Sitze mehr als die Arbeitnehmerseite verfügt. Das zuvor beschriebene Ungleichgewicht hat sich jedoch deutlich reduziert. Ziel muss jedoch nach wie vor die vollständige Parität zwischen den Vertretungen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sein.

Ebenso zu begrüßen ist, dass nunmehr festgeschrieben würde, dass die Sitzungen des Rundfunkrates öffentlich abgehalten werden¹¹. Dies kann gerade bei der in der Vergangenheit laut gewordenen und wohl leider auch in Zukunft lautstark bleibenden Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seiner Finanzierung für mehr Transparenz sorgen.

Bedauerlich ist dagegen, dass sich die drei an der Neufassung des Staatsvertrages beteiligten Länder nicht darauf einigen konnten, der Vertretung von journalistischen Aspekten innerhalb der Interessen der Allgemeinheit mehr Gewicht einzuräumen. Dies hätte bedeutet, dass dem DJV als Fachverband ein Sitz im Rundfunkrat zugesprochen wird.

Dass dies in den Gremien vieler anderer öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten bereits gelebte Praxis ist, zeigt ein Blick in die Staatsverträge bzw. entsprechenden Mediengesetze. So ist der Deutsche Journalisten-Verband ganz selbstverständlich in den Fernseh-, Hörfunk bzw. Rundfunkräten des ZDF, des Bayrischen Rundfunks (BR), des Westdeutschen Rundfunks (WDR), des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), des Südwestrundfunks (SWR), des Saarländischen Rundfunks (SR) sowie von Radio Bremen (RB) und dem Deutschlandradio vertreten.

Der freie und unabhängige Journalismus in Deutschland steht vor seiner größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Populismus, Propaganda und Fake-News extremer Kräfte innerhalb und außerhalb dieses Landes sorgen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein für Verunsicherung. Deshalb wäre es hilfreich, wenn es im MDR-Rundfunkrat, der sich aus ebendieser Mitte der Gesellschaft zusammensetzt, eine fachkundige Stimme außerhalb der MDR-VertreterInnen gibt, die Orientierung und Entscheidungshilfe anbieten und gleichzeitig die praktischen Rahmenbedingungen des Journalismus transparent, vertrauenswürdig und nachvollziehbar erläutern kann. Diese Aufgabe können nur Fachverbände angemessen erfüllen.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Geschäftsführer

¹¹ Vgl. Neufassung MDR Staatsvertrag § 19 (5)